Handlungsfähigkeit der EU stärken

Hauptausschuss berät weitere Schritte im Einigungsprozess

Klima und Energie, Sicherheit, Landwirtschaft, Einwanderung und Asyl – alles Themen, die eine einzelne Region, ja auch ein einzelner Staat nicht mehr allein lösen kann. Daher standen sie im Mittelpunkt des Berichts vom französischen Generalkonsul Gilles Thibault am 21. August 2008 im Hauptausschuss des Landtags. Unter der Leitung seines Vorsitzenden Werner Jostmeier (CDU) nutzte der Ausschuss diesen Anlass, um auch weitere europapolitische Themen wie die Stärkung eines Europas der Regionen zu erörtern. Ein weiterer Hintergrund: Am Tag der Sitzung jährte sich zum 40. Mal der Jahrestag der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings.“ Die Vision eines friedlichen Zusammenlebens der Völker einte daher die verschiedenen Fraktionen.

Generalkonsul Gilles Thibault betonte in seiner Rede über das Programm der französischen Ratspräsidentschaft (von Juli bis Dezember 2008) zunächst die europäische Zusammenarbeit im Bereich Energiesicherheit und Klimaschutz. Es wird angestrebt, in einem Energiepaket alle diesbezüglichen Gesetzestexte vor Ende der Legislaturperiode des EU-Parlaments im Juni 2009 zu verabschieden. Ebenfalls als Paket sollen gemeinsame Grundsätze zur Einwanderungs- und Asylpolitik behandelt werden, und zwar nicht gegen, sondern in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Eine größere Übereinstimmung und Handlungsfähigkeit im Bereich der europäischen Sicherheit war der dritte Schwerpunkt seiner Rede. Hier spielte das Thema „Kaukasus“ natürlich eine zentrale Rolle. Abschließend kündigte Thibault für die Zeit nach 2013 eine Überprüfung

der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) an.

Dass die Zusammenarbeit in Europa, dass die deutsch-französische Freundschaft nicht selbstverständlich ist, sondern immer wieder neue Anstrengungen erfordert, hob die CDU-Sprecherin im Ausschuss, Ilka von Boeselager, hervor. Der SPD-Sprecher, Wolfram Kuschke, stellte die Rolle der Regionen auch im europäischen Konzert heraus. Allerdings mahnte er mit einem kleinen Seitenblick auf Frankreich als derzeitigem Ratspräsidenten auch eine gewisse Zurückstellung eigener Interessen an. Für Grünen-Sprecherin Sylvia Löhrmann waren die Reform der EU-Institutionen und die damit verbundene stärkere Handlungsfähigkeit der EU von zentraler Bedeutung.

An diese Punkte knüpfte auch Europaminister Andreas Krautscheid an. Er unterstrich die

Bedeutung des Reformvertrags von Lissabon, aber auch die Notwendigkeit fairer Rahmenbedingungen im Bereich von Energieerzeugung und -verbrauch. Mit Blick auf das Frankreich-NRW-Jahr 2008/2009 verwies er auf dessen Ausrichtung mit langfristiger Perspektive. Dies werde auch dadurch deutlich, dass die politische Delegation nach Paris am 3. Oktober von 2.000 Kindern und Jugendlichen begleitet werde.

Die Vorbereitung und die Abschätzung der Folgekosten der europäischen Dienstleistungsrichtlinie war zweiter Tagesordnungspunkt des Hauptausschusses. Hier geht es unter anderem um die Einrichtung „Einheitlicher Ansprechpartner“, die Überprüfung der Übereinstimmung des deutschen Rechts mit der Richtlinie (Normenscreening) sowie die Zusammenarbeit mit Behörden aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Den Bundesländern kommt bei der Umsetzung der Richtlinie also eine besondere Rolle zu. Staatssekretär Karsten Beneke sagte die notwendigen Schritte und Informationen noch für dieses Jahr zu. Daher wird das Thema auf einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses weiter erörtert.

Die Stärkung des Europas der Regionen war das Ziel eines Antrags von CDU und FDP („Ratifizierung des Vertrags von Lissabon positiv begleiten“, Drucksache 14/6674) sowie eines zweiten Antrags der SPD („Europa ist einen großen Schritt vorangekommen, aber noch nicht am Ziel“, Drucksache 14/6756). Alle Fraktionen waren sich aber einig, angesichts der aktuellen Probleme bei der Ratifizierung mit der Weiterbehandlung dieser Anträge zu warten. Sie wollen versuchen, „zum richtigen Zeitpunkt“ eine gemeinsame Positionierung zu finden.

Der Sachstandsbericht der Landesregierung zum Allfraktionen-Beschluss „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben!“ rundete die Ausschusssitzung ab, die auf Fragen des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker ausgerichtet war. Wie die Beiträge von Edgar Moron (SPD), Ilka von Boeselager (CDU) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE) zeigte, war man sich fraktionsübergreifend darüber einig, dass der Rechtsextremismus mit seinen neuen, subtilen Methoden eine der größten Gefahren für Pluralismus und Demokratie darstellte. Auch in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen sollen konkrete Möglichkeiten zu dessen Bekämpfung erörtert werden. ■

Ausschussvorsitzender Werner Jostmeier (li.) begrüßte den französischen Generalkonsul Gilles Thibault. Foto: Schälte